

## PRESSEMELDUNG

Leipzig, 20. Dezember 2010

### **Umfrage: 90% der Deutschen lehnen Euro-Bonds ab**

170 Mrd. Euro Zinsen für Deutschland wären die Folge durch die Bonds / Massive Stimmenverluste drohen den etablierten Parteien bei Zustimmung

Griechenland, Irland sowie bald vielleicht Portugal und Spanien – die Zahl der in Finanznot geratenen Euroländer nimmt immer mehr zu. Was internationale Hedgefonds und Spekulanten verursacht haben, sollen nun die kleinen Steuerzahler wieder richten. Das taumelnde Griechenland wurde bereits unter den Milliarden schweren Euro-Schutzschirm geholt. Irland gesellte sich vor Wochen dazu. Portugal und Spanien verneinen heftig, doch auch sie werden in absehbarer Zeit die Hände aufhalten. Obwohl Deutschland schon jetzt einer der größten Nettozahler der EU ist – allein 2009 flossen 17,6 Mrd. Euro in die Brüsseler Kassen (18,6 % des Haushalts) – beteiligt sich das Land seit Mai noch zusätzlich mit Finanzgarantien in Höhe von bis zu 148 Milliarden Euro am sogenannten „Euro-Stabilitätspakt“. So trägt jeder Bundesbürger nach Berechnungen des Börsenportals [boersennews.de](http://boersennews.de) durchschnittlich mit 74 Euro im Jahr zur Unterstützung der Euro-Kassen bei. Finanzgarantien und andere finanzielle Auffangnetze noch nicht mitgerechnet.

Doch das „Finanzloch“ Europa hat noch nicht genug. Mittlerweile haben die Brüsseler Bürokraten eine neue Idee ausgeheckt. Die sogenannten „Euro-Bonds“ (Anleihen) sollen das Allheilmittel gegen den taumelnden Euro und die ins bodenlose stürzenden Finanzwirtschaften einiger schlecht geführter EU-Staaten sein. Euro-Gruppenchef, der Luxemburgische Regierungschef Jean-Claude Juncker, würde lieber heute als morgen Deutschland an die finanzielle Kandare nehmen. Sein Traum: Euro-Bonds für alle - mit nicht absehbaren Folgen für die deutsche Finanz- und Industriewirtschaft. Das Börsenportal [boersennews.de](http://boersennews.de) wollte es in einer Blitzumfrage genau wissen. Was halten die Deutschen von den Euro-Bonds? Wären sie bereit für die europäische Brüderlichkeit Milliarden Euro mehr zu zahlen?

Das Ergebnis: 90% lehnen die Aufnahme von Euro-Bonds durch Deutschland, um andere Länder „zu retten“, ab. 21% der Befragten meinen, dass Deutschland nicht für die Fehler anderer Länder büßen darf. Der gleiche Prozentsatz meint, dass die Bundesrepublik schon die größten Lasten am Euro-Rettungspaket trägt. 14% sehen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik gefährdet. Mit spitzer Feder haben 8% der ablehnend eingestellten Deutschen gerechnet. Sie befürchten ein weiteres riesiges Finanzloch, welches wieder auf den kleinen Steuerzahler abgewälzt wird. 170 Milliarden Euro müsste der „deutsche Michel“ an zusätzlichen Zinsen zahlen – nur um die Wirtschaften anderer Länder zu stabilisieren.

Sollte die Bundesregierung, trotz anderslautender Beteuerungen, gegenüber der EU einknicken, droht ihr bei der nächsten Wahl ein Debakel. So würden 16% der Deutschen kein Kreuzchen mehr bei der CDU/CSU machen. Der kleine Koalitionspartner FDP bekäme 3% weniger Stimmen – was gleichbedeutend mit dem Auszug aus dem Bundestag wäre. Die SPD würde 4% verlieren. Grüne und Linke bekämen 1% und 2% weniger Wählerstimmen.

-----

Über [boersennews.de](http://boersennews.de)

[Boersennews.de](http://boersennews.de) ist das Börsenportal der Unister GmbH, die 2002 gegründet wurde und heute als expandierendes Unternehmen rund 700 Mitarbeiter beschäftigt. Unister hat seinen Firmensitz in Leipzig und betreibt Portale in verschiedenen Bereichen. Dazu gehören unter anderem [www.ab-in-den-urlaub.de](http://www.ab-in-den-urlaub.de), [www.fluege.de](http://www.fluege.de), [www.shopping.de](http://www.shopping.de), [www.auto.de](http://www.auto.de), [www.geld.de](http://www.geld.de) und [www.news.de](http://www.news.de).